

Stellungnahme des BDSV und des BDLI zur geplanten Kürzung des F&T-Titels im Einzelplan 14 des Haushaltsentwurfs 2023

- Die Kabinettsvorlage zum Haushaltsentwurf 2023 sieht vor, den Titel „*Wehrtechnische Forschung und Technologie*“ im Einzelplan 14 von derzeit 530 Mio. € auf **330 Mio. €** zu kürzen.
- Dies würde einer Reduzierung der Forschungsmittel von fast **40 %** entsprechen – mit gravierenden Auswirkungen auf die Entwicklung von wehrtechnischem Know-how in Deutschland.
- Ohne ein Umdenken bei der Priorisierung von Forschung und Entwicklung droht eine massive Abhängigkeit von Systemen aus dem Ausland und damit eine **fundamentale Gefährdung der nationalen und europäischen Souveränität**.

Die geplante Reduzierung der Mittel für Wehrtechnische Forschung und Technologie sieht die Deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie die Deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie mit größter Sorge. Eine Kürzung der Forschungsmittel in dieser Größenordnung würde nicht mehr als einen Notbetrieb industrieller wehrtechnischer Forschung zulassen. Auf diesem Niveau wäre somit kein Aufwuchs von Know-how mehr möglich – Deutschland fiel weiter zurück. Hinzu kommt, dass der F&T-Titel durch die Entscheidung Co-Finanzierungen bei EVF-Vorhaben aus dem F&T-Budget zu bestreiten, ohnehin bereits stark belastet ist. War die deutsche Verteidigungsforschung schon immer unterfinanziert, so droht ihr nun das endgültige Aus.

Gleichzeitig werden schnell verfügbare und moderne Systeme gefordert – sind diese in Deutschland nicht bereits entwickelt, werden sie kurzerhand im Ausland beschafft, so dass der deutschen Industrie ein doppelter Schaden entsteht. Die schon über Jahre fortschreitende Begrenzung des nationalen F&T-Budgets ist ein hausgemachtes Problem, an dessen Lösung man – trotz des gerade verabschiedeten Sondervermögens – nicht interessiert zu sein scheint. Das Motto Beschaffung „off-the-shelf“ verkennt jedoch, dass Systeme erst einmal entwickelt werden müssen, um im Regal stehen zu können. Diese Entwicklungen allein als unternehmerisches Risiko zu betrachten, wäre in Anbetracht des fundamentalen Beitrags der Industrie für die nationale Sicherheit fatal.

Gerade in Anbetracht des Sondervermögens, welches zahlreiche Beschaffungsvorhaben aus dem Einzelplan 14 herauslöst und somit neuen finanziellen Spielraum schafft, sollten Investitionen in die Modernisierung und Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr – insb. auch mit Blick auf neue Bedrohungsszenarien – Priorität haben. Denn die Forschung und Entwicklung von heute sind die Fähigkeiten von morgen. Wer die Axt an Zukunftsinvestitionen legt, setzt nicht nur die Leistungsfähigkeit der eigenen Industrie aufs Spiel, sondern gefährdet damit letztendlich auch die eigenen Streitkräfte und die europäische Souveränität und Resilienz.

Es bedarf in den nächsten Jahren enormer Anstrengungen im Bereich der militärischen Forschung und Entwicklung, um geeignete Lösungen für sich veränderte Bedrohungslagen (z. B. Abwehr von UAV und Hyperschallflugköpern) und neue technologische Herausforderungen (bspw. im Bereich der Digitalisierung, Vernetzung und Automatisierung) bereitzustellen. Diese Lösungen sind gegenwärtig nicht marktverfügbar. Entsprechend haben andere Länder – allen voran die USA (aber auch potenzielle Aggressoren) – bereits großvolumige, teils mit mehreren Milliarden ausgestattete F&E-Programme initiiert.

Die Devise kann und darf nicht lauten, dass solche Systeme nur noch im Ausland beschafft werden, weil national der politische Wille zur Entwicklung fehlt. Eine Europäische Souveränität und Autonomie setzt leistungsfähige eigene Unternehmen voraus. Sie sind die Basis von robuster, selbstbewusster und unabhängiger Sicherheitspolitik. Wer nicht ausreichend in künftige technologische Überlegenheit investiert, begibt sich in Abhängigkeiten – industriell aber auch politisch. Die letzten Jahre haben eindrücklich bewiesen, wie gefährlich Abhängigkeiten in einer volatilen Welt sein können. Die Schlussfolgerung kann daher nur sein, insb. in den kommenden Jahren konsequent in die eigene wehrtechnische Forschung und Technologie zu investieren und bereits im Haushalt 2023 hierfür ein Budget von mindestens **850 Mio. €** bereitzustellen.

Kontakt:

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV)

Tel.: +49 (0)30 2061899-00

bdsv@bdsv.eu

www.bdsv.eu

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI)

Tel.: +49 (0)30 206140-0

kontakt@bdli.de

www.bdli.de